

NEWSLETTER

Herausgeber:
PERSPECTIVE CH, Postfach 2111, 5001 Aarau

JAHRESANFANG 2016

Sehr geehrte Damen und Herren

2015 ist Geschichte, und mit Genugtuung dürfen auch wir auf die Parlamentswahlen vom letzten Herbst zurückblicken. Unsere Wahlempfehlungskampagne hat sich gelohnt, und die wirtschaftsfreundlichen und gleichzeitig EU-kritischen Kräfte wurden klar gestärkt.

Soweit so gut. Aber jetzt ist Arbeit angesagt. Für 2016 orten wir 8 Herausforderungen, die wesentlichen Themen der Schweiz, welche es anzupacken gilt. – Mit dem neugewählten Parlament besteht nun auch in Bundesbern die berechtigte Hoffnung, dass die anstehenden Probleme einer Lösung zugeführt werden, denn jedes Problem bietet bekanntlich auch eine Chance. In diesem Sinne sind wir zuversichtlich fürs neue Jahr und wünschen Ihnen einen allseits guten Start ins 2016!

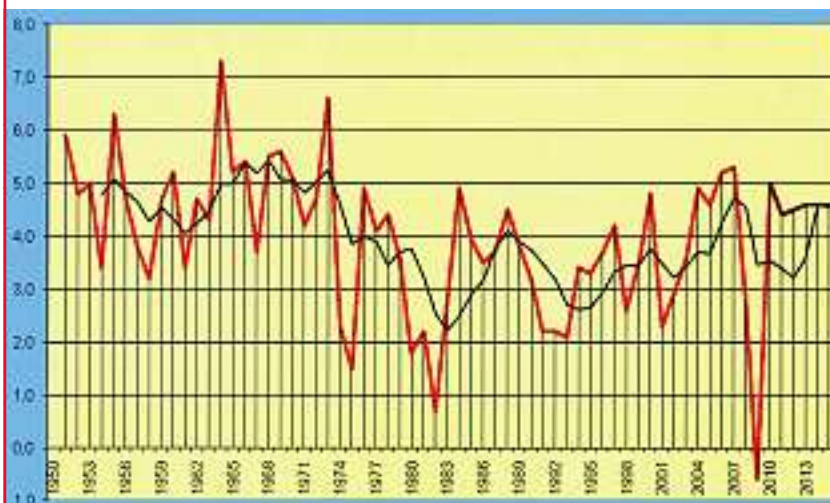
1. 2016: Die 8 Herausforderungen

Das neue Jahr bietet Gelegenheit, sich von der Verhinderungspolitik zu verabschieden, Lösungen anzustreben und damit zu vermeiden, dass sich wieder wenig oder nichts bewegen wird. Das neue Parlament ist aufgerufen, sich mit jenen Themen zu befassen, welche für unser Land von massgebender Bedeutung sind:

WIRTSCHAFT, AUSSICHTEN/PROGNOSEN

Die Schweizer Wirtschaft ist entgegen den Erwartungen der meisten Ökonomen im 2015 leicht gewachsen. In Anbetracht der belastenden Euroschwäche hatten Konjunkturauguren mit einem Rückgang gerechnet, womit sich die Schweizer Wirtschaft in einer (technischen) Rezession befunden hätte. – Produktionsseitig konnte die Industrie ihre Wertschöpfung leicht steigern. Dies erstaunt insofern, als die meisten Umfragen und Daten darauf hindeuteten, dass die Industrie weiterhin am Schrumpfen sei. – Prognosen: **Für 2016 wird gar ein Plus des BIP-Wachstums von bis zu 1,5%** in Aussicht gestellt. Für die Weltwirtschaft wird ein reales BIP-Wachstum von soliden +3,8% prognostiziert, d.h. leicht über dem Durchschnitt der vergangenen 4 Jahre.

WELTWIRTSCHAFTSWACHSTUM SEIT 1950



Im Durchschnitt alle 7 Jahre ein weltweiter Konjunkturabschwung

Aus dem Inhalt

1. Die 8 Herausforderungen an die Schweiz im 2016
2. Wahlrückblick Herbst 2015: Das Engagement von PERSPECTIVE CH hat sich gelohnt
3. Wahlveranstaltung 10. September 2015 in Lupfig
4. Beschlüsse der Mitgliederversammlung
5. Zum Tod von Prof. Dr. Hans Letsch
6. Publikationen
7. Mitgliederwerbung

BEILAGE: Pressespiegel

Hier ist gegenüber diesen Prognosen **grösste Vorsicht** angebracht. Diese Vorsicht lässt sich nicht nur mit den eigentlich **entfesselten Staatsschulden** begründen (in den letzten 10 Jahren ist die Staatsverschuldung beispielsweise der USA und Frankreichs dreimal mehr gewachsen als das Wirtschaftswachstum!).

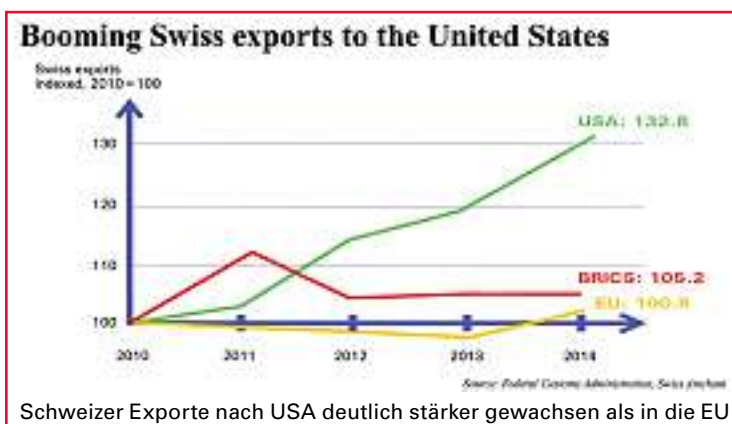
Seit 1950 verzeichnet die Weltwirtschaft im Durchschnitt alle 7 Jahre einen Abschwung. Gemäss dieser Gesetzmässigkeit dürfte es 2016 wieder so weit sein (vgl. Grafik).

Handlungsbedarf: Bei unternehmerischen und staatlichen (Finanz-)Dispositionen ist für 2016 **entsprechend grosse Zurückhaltung** geboten: Die Finanzwelt ist seit dem Schock von 2008 nicht bescheidener geworden und bewegt sich auf dünnem Eis. Der Zuwachs der Schuldenquote ist zwar in den letzten 7 Jahren etwas kleiner geworden. Ein Grund zur Entwarnung jedoch besteht nicht.

VERHÄLTNIS ZUR EU

Die Schweiz hat bezüglich ihrer Wirtschaftsstandortbedingungen bisher ganz offensichtlich vieles richtig gemacht. Doch darauf sollte man sich nicht ausruhen. Viele unserer Standortvorteile sind keine Selbstverständlichkeiten, sondern über lange Jahre erarbeitete gesellschaftliche Errungenschaften.

Mit der EU ist die Schweiz über nicht weniger als 283 bilaterale Verträge verbunden, welche verschiedenste Bereiche regeln. Die EU ist für unser Land ein wichtiger Handelspartner. Die Schweizer Wirtschaft muss sich aber global ausrichten und darf nicht in einseitiger Abhängigkeit verharren. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Abflachung der Schweizer Exporte in den EU-Raum, während die Exporte in die weltweit grösste Volkswirtschaft, die USA, überproportional angestiegen sind (vgl. Grafik).



Der vom Bundesrat geplante **Rahmenvertrag** mit der EU zur institutionellen Einbindung der Schweiz birgt **enorme Risiken** für unsere Wirtschaft.

Mit einer dynamischen Übernahme von EU-Recht und der Akzeptanz des EU-Gerichtshofes als oberstes Gremium bei der Auslegung des Rechts wird die inzwischen sozialistisch geprägte Regulierungsflut aus Brüssel ungebremst auf die Schweiz überschwappen. Dies bringt ungeahnte Staatsinterventionen und wirtschaftsfeindliche Bürokratie zu Lasten unserer Unternehmungen.

Handlungsbedarf: Vom Abschluss eines solchen Rahmenabkommens mit der EU ist endgültig abzusehen: **Der bewährte Bilateralismus Schweiz/EU darf nicht dazu missbraucht werden, um unter der Bezeichnung «BILATERALE III» ein Rahmenabkommen abzuschliessen, welches uns – ohne Volksabstimmung – faktisch zum EU-Mitglied macht.** Auch ein selbstbewussteres Auftreten bezüglich der von Volk und Ständen am 9. Februar 2014 beschlossenen Einschränkungen der Personenfreizügigkeit ist angesagt.

VERKEHR: 2. GOTTHARD-RÖHRE

Am 28. Februar entscheidet das Schweizer Stimmvolk unter anderem über die Zukunft des Gotthard-Strassentunnels. Dass der bestehende Tunnel saniert werden muss, steht ausser Diskussion. Das «Wie» und insbesondere die Frage, ob die Sanierung mit oder ohne den Bau einer zweiten Röhre erfolgen soll, scheint dagegen eher umstritten.

Sperrung Verkehrssache	Sanierung OHNE zweite Röhre			Sanierung MIT zweiter Röhre
	Sperrung ohne Sommeröffnung	Sperrung mit kurzer Sommeröffnung	Sperrung mit langer Sommeröffnung	
Zeitraum	900 Tage im Stück (2,5 Jahre)	180 Tage innert 3,5 Jahren	1050 Tage innert 7 Jahren	Keine Vollsperrung, nur Modrisperrung für Überbrückungsarbeiten
Kosten Massnahmen vor Baubeginn	max. 250	max. 250	max. 250	max. 250
Kosten Sanierung bestehende Röhre	650	752	890	515
Baukosten zweite Röhre	–	–	–	2025
Kosten für Verladeprovisionen	587 bis 815	687 bis 906	926 bis 1085	–
Kosten Total	1487 bis 1715	1437 bis 1908	2046 bis 2225	2768

Kostenvergleich der verschiedenen Sanierungsoptionen der Gotthard-Strassenröhre (in Millionen Schweizer Franken, Kostengerundung von plus/minus 20 Prozent).
Quelle: Bericht des Bundesrates / economiuisse

Nach Abwägung der verschiedenen Möglichkeiten hat sich der Bundesrat für den **Neubau einer zweiten Tunnelröhre** mit anschliessender Sanierung des bestehenden Tunnels entschieden. Das Parlament folgte diesem Votum (Nationalrat 120 gegen 76 Stimmen, Ständerat 28 gegen 17 Stimmen). Gegen die diesbezügliche Änderung des STVG (Strassenverkehrsgesetz) wurde das fakultative Referendum ergriffen. Daher wird am 28. Februar 2016 die Schweizer Stimmbevölkerung über den Bau oder Nichtbau einer zweiten Röhre befinden.

Abstimmungsempfehlung: Der Vorschlag des Bundesrates hat **Zustimmung** verdient: Der Gotthard-Strassentunnel bildet die einzige wintersichere Strassenverbindung zwischen dem Tessin und dem Rest des Landes. Die Gotthardroute ist auch massgebend für den Güterverkehr mit Italien, dem drittgrössten Handelspartner der Schweiz nach Deutschland und den USA. Dass eine Sanierung des be-

stehenden Gotthardtunnels ohne zweite Röhre zur Vollsperrung und Kappung einer solch zentralen Handelsroute führen würde (verbunden mit erheblichen wirtschaftlichen Einbussen) ist nicht akzeptabel. Letztlich geht es auch um **eine Investition in die Zukunft**.

TERRORBEKÄMPFUNG

Bis heute blieb die Schweiz von Anschlägen verschont. Zufall? Eine rationale Erklärung gibt es jedenfalls nicht, und die kurzzeitige Terrorangst in Genf mit den entsprechenden Begleitumständen macht deutlich, dass die Schweiz möglicherweise auch nicht vor solch tragischen Ereignissen wie in Paris auf alle Zeiten verschont sein wird. Das Gefühl beschleicht uns, dass der Terrorismus nicht nur Europa, sondern eben auch die Schweiz erreichen könnte. Dazu die Gewissheit, dass der islamistische Terror nicht auszurotten ist, solange junge Männer ihr Leben für den Kampf gegen unsere Werte opfern. Dass ausgerechnet jene Kreise nun zusätzliche Sicherheit fordern, welche hierzulande noch vor kurzem lautstark den Sicherheitsapparat (Polizei, Nachrichtendienst, Grenzschutz, Armee u.a.m.) diskreditierten, hilft auch nicht weiter.

Handlungsbedarf: Die Terrorbekämpfung ist ein **prioritäres Thema**, und die damit beauftragten Institutionen sind mit ausreichenden personellen und finanziellen Mitteln auszustatten. Dazu gehören auch zusätzliche Grenzkontrollen und Ausschöpfung der rechtlich vorgesehenen Überwachungsinstrumente.

ENERGIEPOLITIK: ENERGIEVERSORGUNG IST TEIL UNSERER SICHERHEITSPOLITIK

An die Stelle eines einigermaßen liberalen Systems zur Energieversorgung tritt mit der «Energierategie 2050» eine **Planwirtschaft** voller Gebote, Verbote, Abgaben und Steuern. Dies hat der Nationalrat unbegreiflicherweise Ende 2014 beschlossen. Weder die exorbitanten Kosten von über 100 Milliarden Franken für den Umbau des Systems noch die massive Abnahme der Versorgungssicherheit haben die (damalige) Mehrheit der Ratsmitglieder interessiert. Der Ständerat hätte es noch in den Händen, Gegensteuer zu geben. **Als einziges Land der Welt hat die Schweiz ihre Energiestrategie als Folge eines Einzelereignisses grundlegend geändert, was zusätzliche Auslandabhängigkeiten schafft.** Energie bildet eine ausserordentlich wichtige Voraussetzung für das Funktionieren unserer Gesellschaft. Und genau das setzt die «Energierategie 2050» aufs Spiel!

Um nicht vermehrt in sicherheitspolitisch relevante Engpässe zu geraten, müssten neben den Anstrengungen im Bereich der erneuerbaren Energie auch fossil befeuerte Kraftwerke geplant und realisiert werden mit entsprechenden Folgen für die Umweltbelastung.

Und woher kommt das Erdgas für allenfalls solche Gaskraftwerke? Aus Russland. Und was macht man dort aus den daraus resultierenden harten Devisen? Man baut Kernkraftwerke! – So schliesst sich der Kreis der in Deutschland und der Schweiz subventionierten, fehlgeleiteten Energiepolitik.

Handlungsbedarf: Schluss mit der fehlgeleiteten Energiewende notabene zu Lasten der Umwelt mit zunehmend importiertem Strom aus z. B. deutschen Braunkohlekraftwerken. Schluss mit subventioniertem Strom aus erneuerbaren Quellen welche den Markt derart massiv verzerren, dass beispielsweise die nicht subventionierte, ökologische Schweizer Wasserkraft praktisch in den Ruin getrieben wird. – Bei Entscheiden von solcher Tragweite wie die «Energierategie 2050» geht es nicht an, dies de facto am Volk «vorbeizuschmuggeln»: Eine **Volksabstimmung** ist hier anzustreben.



ARMEE

Die Lage in Europa ist instabil geworden, sie verschlechtert sich laufend! Vielleicht war sie auch gar nie wirklich stabil. Die Nicht-Durchsetzung des Rechts sowie die Teil-Kapitulation der Rechtsstaaten («Willkommenskultur» für illegale Migranten) entlang der Balkanroute (Ausbau zum «islamischen Jakobspfad») bis und inklusive Deutschland sind alarmierend. Ungelöster Ukraine-Konflikt, ungehindertes Wachstum von Parallelgesellschaften (Islamismus), Sittenerfall, nichtexistierender Wehrwille, Missachtung internationaler Verträge (Schengen/Dublin) durch die EU, undemokratische Entscheidungsfindung in der EU sind weitere **besorgniserregende** Vorgänge. Der sich im Konsumrausch befindenden Schweizer Wohlfühl- und Spassgesellschaft sind die moralischen und ethischen Werte abhanden gekommen. Die Wurzeln, Traditionen und Errungenschaften unseres Landes werden ausgeblendet und scheinen nicht mehr erhaltenswert zu sein.

Die völlig unbegreifliche Antwort auf diese (sicherheitspolitische) Lagebeurteilung heisst «Weiterentwicklung der Armee» (WEA). Konkret will oder wollte man damit:

- Die Armee soll von 200'000 auf einen Sollbestand von 100'000 Angehörigen halbiert werden, damit allen Armeeangehörigen wieder eine persönliche Ausrüstung abgegeben werden kann. Damit soll die Armee an Schlagkraft gewinnen.
- Die halbierte Armee soll aber weiter die im Vordergrund stehende staatliche Institution zum Sparen sein. Die geplanten Armeeausgaben der reichen Schweiz sollen aufgrund der «zur Verfügung stehenden Mittel» noch ca. 0,8% des BIP betragen. Die europäischen Länder geben – daran sei erinnert – im Durchschnitt 1,8% des BIP für ihre Armeen aus.
- Die Armee soll neue Waffensysteme zur Verteidigung – wenn überhaupt – aus Spargründen nur noch in geringer Stückzahl und mit qualitativen Beschränkungen beschaffen, damit wenigstens das erforderliche Ausbildungsmaterial für die einzelnen Truppen in den Wiederholungskursen zur Verfügung steht. In der Armee sollen «Fähigkeitslücken» und die dadurch entstehenden **Unsicherheiten in Kauf genommen** werden.
- Die Armee, die ihren Auftrag, Land und Bevölkerung zu verteidigen, nicht mehr erfüllen kann, bietet ihre Angehörigen in Zukunft zu Dienstleistungen auf, damit sie ein theoretischen Verteidigungs-Know-how erhalten kann. Für die kleine Minderheit der noch Militärdienst leistenden Armeeangehörigen besteht in einem Verteidigungsfall das Risiko, rücksichtslos «verheizt» zu werden.

Diese Gründe allein genügen, um die Weiterentwicklung der Armee gemäss Botschaft abzulehnen.



Die Armee ist aufgrund der aktuellen politischen Verhältnisse in einer äusserst prekären Lage
(Bild: Der moderne Soldat, ASMZ)

Die WEA-Armee bedeutet das **Ende des Milizprinzips und der Miliz-Armee**. Warum? Die beabsichtigte Auflösung von 72 Bataillonen bewirkt eine massive Herabsetzung der Kampfkraft. Die Armee kann ihre Aufträge nicht mehr erfüllen! Zudem erstaunt, dass die Anzahl der Berufs-Offiziere mit der WEA nicht proportional verringert wird. Der Anteil an Berufsoffizieren wird dadurch immer grösser. Mit der Auflösung von 72 Bataillonen werden auch 72 Bataillons- und 350 Kompanie-Kommandos wegfallen. Die Funktionen ab dem Hauptmann-Grad aufwärts würden somit künftig wohl fast ausschliesslich den Berufs-Offizieren vorbehalten bleiben. Miliz-Offiziersanwärter erhalten keine Weiterbildungs-Chancen mehr und werden sich deshalb auch gar nicht mehr für die Offiziersschule interessieren.

Wir wollen definitiv keine Berufs-Armee, aber auch keine Quasi-Berufsarmee!

Statt neuer Reformatis sollen endlich die schon seit langem **fälligen Mängel behoben** werden:

- Wiederherstellung der raschen Mobilisierungs-Fähigkeit
- Sofort Stoppen der Vernichtung von schwerem Armee-Material (F-5, Leopard 2, Panzerhaubitzen)
- Sistierung der Zerstörung von Kampf- und Infrastrukturbauten
- Ausbildung: Grade müssen wieder abverdient werden (Praxis)

Für all diese Massnahmen braucht es weder eine «WEA-Armee» noch eine Revision des Militärgesetzes!

Handlungsbedarf: Wir müssen uns wieder auf die Dissuasion als einzige Strategie einer nichtstehenden (Miliz-)Armee zur **glaubwürdigen Verteidigung** besinnen. National- und Ständerat werden aufgefordert, entsprechende Korrekturen in der **Bestandesfrage** vorzunehmen und den Auftrag an die Armee **gesichert zu finanzieren**. – Nicht vergessen: am 22. September 2013 haben Volk und Stände die Volksinitiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht» mit 73,2% wuchtig abgelehnt!

REGULIERUNGSDICHTE

Zum siebten Mal in Folge belegt die Schweiz den ersten Platz auf der WEF-Liste der kompetitivsten Länder. Diese Position wird gefährdet durch eine eigentliche **Regulierungswut**.

Der Bericht des Bundesrates über die Regulierungskosten schätzt diese für dreizehn ausgewählte Themenfelder auf 10 Milliarden Franken (1,6% des BIP). Kostentreiber sind dabei insbesondere die Bereiche Rechnungslegung und Revisionsrecht, MWST und Baurecht, mit Regulierungskosten von je über 1 Milliarde Franken pro Jahr. Auf der Basis einer Studie von KPMG (2010) hat der Schweizerische Gewerbeverband (sgv) eine **Gesamtbelastung der Unternehmen durch die Regulierung von 50 Milliarden Franken** errechnet, was rund 8% des BIP entspricht. Auch wenn diese Zahlen mit einer gewissen Vorsicht zu geniessen sind, macht die Grössenordnung doch klar, dass eine Reduktion dieser teilweise volkswirtschaftlich sinnlosen Belastungen einen namhaften Teil der Kosten durch den höheren Schweizerfranken wettmachen könnte.

**WER ALLES DURCH
GESETZE BESTIMMEN
WILL, WIRD DIE LASTER
MEHR AUFSTACHELN
ALS BESSERN**

Baruch de Spinoza

Ein wichtiger Ansatzpunkt für bessere Standortbestimmungen ist die Bauwirtschaft. Sie gehört zu denjenigen Branchen, welche von der administrativen Belastung und der Überregulierung am stärksten betroffen sind.

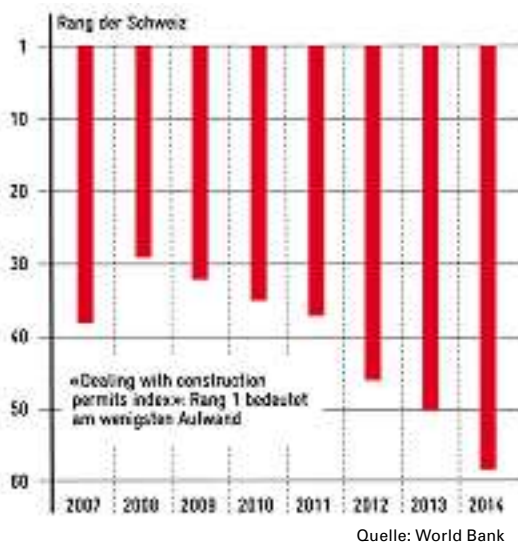
JEDES JAHR TAUSENDE VON GESETZESSEITEN

93761 Textseiten neue und revidierte Erlasse allein auf Bundesebene in der amtlichen Sammlung der Eidgenossenschaft 1998–2014. Bundesamt für Statistik

Das SECO beziffert die Regulierungskosten alleine im Hochbau mit 1,6 Mrd. Fr. bzw. 6% des Bauvolumens. Die meisten Kosten fallen bei den Bewilligungsverfahren, dem Brandschutz, bei energetischen Massnahmen und bei Gesundheit und Hygiene an. In Umbau- bzw. Erneuerungsprojekten **kann die Regulierung bis zu 32% der Projektkosten ausmachen**. (Diese Zahlen entstammen den offiziellen Quellen aus Bern, Brancheninsider sprechen von noch höheren Lasten.)

ÜBERREGULIERTE BAUWIRTSCHAFT

Der bürokratische Ablauf von Baubewilligungen stellt ein wachsendes Hindernis für Geschäftstätigkeit von Unternehmen in der Schweiz dar.



Die starke Regulierung ist an erster Stelle ein Nachteil für die Bauwirtschaft selbst, als Kostentreiber und Unsicherheitsfaktor. Bei genauer Betrachtung aber sind die **volkswirtschaftlichen Folgekosten** noch weitreichender. Ein unbürokratischer Ablauf bei Baubewilligungen und niedrige Baukosten sind wichtige Standortfaktoren für alle Unternehmen, die wachsen möchten, vor allem dann, wenn sie Investitionen tätigen wollen, um innovative Produkte zeitgerecht auf den Markt zu bringen.

Zur Verhinderung von neuen Regulierungen und zur Reduktion der administrativen Kosten durch bestehende Bestimmungen sind klare und einfache Reduktionsziele nötig. Auch hier kann die Schweiz vom Ausland lernen. In Grossbritannien wurde 2013 das Reduktionsziel «one-in two-out» eingeführt. Bei diesem Mechanismus müssen im Gegenzug zu neuen wirtschaftlichen Auflagen zwei Regulierungen mit gleichen Kosten für die Unternehmen abgebaut werden. Für die Jahre 2013–2015 wird prognostiziert, dank dieser Regel 662 Mio. £ an regulatorischen Kosten einzusparen. Andere Länder wie Österreich oder Australien kennen das Prinzip «one-in one-out» als Regulierungsbremse. Durch die Streichung einer Regulierung im Austausch für eine neue soll die administrative Belastung über die Zeit zumindest konstant gehalten werden.

Handlungsbedarf: gemäss Vorschlag von avenir suisse ist für die Schweiz analog der Schuldenbremse eine **Regulierungsbremse** einzuführen. Das Regulierungskostenwachstum darf dabei z.B. das BIP-Wachstum nicht überschreiten.

ZUWANDERUNG

Es gilt zu unterscheiden zwischen A) Verfassungsmässige Umsetzung der **Masseneinwanderungsinitiative** gemäss Abstimmungsauftrag vom 9. Februar 2014 und B) Der **Flüchtlingsfrage**, bei welcher keine Lösung in Sicht ist: Einerseits kommen Menschen, welche an Leib und Leben bedroht sind – allein aus Syrien sind 4 Millionen auf der Flucht. Andererseits kommen Wirtschaftsflüchtlinge aus Afrika, Afghanistan und Ex-Jugoslawien, die nichts zu verlieren haben und auf einen florierenden Markt stossen: Schlepper bringen sie gegen viel Geld nach Europa, immer auf demjenigen Weg, auf dem der Widerstand am geringsten ist.

Antwort und Botschaft dazu sind insofern einfach, als die Schweiz mit dem dichtest besiedelten Gebiet zwischen Alpen und Jura nun wirklich **kein Einwanderungsland** ist und die EU in der Flüchtlingsfrage überfordert scheint und das **Schengen-Dublin-Abkommen total versagt** hat.

Handlungsbedarf: Zum Einen **Umsetzung** des Bundesverfassungsartikels 121a (Masseneinwanderung), ohne sich durch die EU unter Druck nehmen zu lassen mit ihr ein «institutionelles Abkommen» abzuschliessen. Zum Andern nicht nur eine **wesentliche Beschleunigung der Asylverfahren**, sondern auch die konsequente und sofortige Rückführung von «Wirtschaftsflüchtlingen» aus Nichtkriegsgebieten.

NATIONALRAT: EU-BEITRITTSGESUCH IST GEGENSTANDSLOS

In der vergangenen Sondersession des Nationalrats haben die Volksvertreter eine Motion gutgeheissen, welche folgende Punkte beinhaltet:

1. Der EU ist unmissverständlich darzulegen, dass die Schweiz ein von der EU unabhängiger Staat ist. **Die Schweiz will der EU weder auf direktem noch auf indirektem Weg beitreten (112 Ja gegen 78 Nein).**
2. Die Schweiz unterhält mit der EU Beziehungen auf vertraglicher Ebene, insbesondere, um den gegenseitigen Markttritt zu erleichtern. **Aber die Schweiz ist nicht Mitglied des europäischen Binnenmark-**

tes und hat auch nicht die Absicht, dies zu werden (110 Ja gegen 75 Nein).

3. **Die Schweiz schliesst keine Verträge ab, welche ihre Souveränität generell rechtlich oder faktisch einschränken.** Insbesondere kann und wird sich die Schweiz nicht verpflichten, das zukünftige EU-Recht in heutigen oder in zukünftigen bilateralen Verträgen automatisch zu übernehmen und sich der EU- oder der EWR-Gerichtsbarkeit zu unterstellen **(97 Ja gegen 91 Nein).**

4. **Das Beitritts-gesuch der Schweiz zur EU wird als gegenstandslos betrachtet (121 Ja gegen 48 Nein).**

ZUSAMMENFASSUNG

Selbstverständlich ist die Liste der umschriebenen 8 Herausforderungen keinesfalls abschliessend. Auch Fragen im Sozialbereich (**langfristige Sicherung der AHV**), im **Umweltbereich** oder natürlich im Bereich der **Unternehmenssteuerreform** stehen an. Zur Behandlung dieser Themen gibt es bereits beträchtlichen Effort in Bern, sodass wir hier darauf verzichten können auch noch darauf einzutreten.

Im Sinne einer Fokussierung wird vom neu gewählten Parlament jedoch erwartet, sich nun prioritär mit den aufgezeichneten Herausforderungen auseinanderzusetzen. PERSPECTIVE CH ist dabei zuversichtlich, dass dies gelingen wird und wünscht allen Beteiligten viel Erfolg bei der Umsetzung im 2016. Immer nach unserem Leitsatz «Yes we can and will do it».

Otto H. Suhner, dipl. Ing. ETH
Präsident PERSPECTIVE CH

2. Wahrrückblick Herbst 2015: Das Engagement von PERSPECTIVE CH hat sich gelohnt

Mit Wahlempfehlungsinserten in den massgebenden Tages- und Wochenzeitungen im Aargau, mit Auftritten im Internet, mit einem öffentlichen Anlass Anfang September 2015 und einem Wahlempfehlungsflyer in sämtliche Haushaltungen hat sich PERSPECTIVE CH stark gemacht für seine bei den National- und Ständeratswahlen kandidierenden Mitgliedern mit kurzer aber prägnanter nachstehender Botschaft:

Neue Ideen – konsequente Politik – mehr Eigenverantwortung: Empfehlung Nationalratswahlen 2015

 Martin Keller <small>1963, Baugemeister, Geschäftsführer, Gossrat, Nussbaumen (SVP)</small>	 Titus Meier <small>1981, Historiker, Gossrat und Einwohnerrat, Brugg (FDP)</small>	Souveränität, Freiheit und Unabhängigkeit der Schweiz. Respektierung unserer verfassungsmässigen Volksrechte	 Dr. Maximilian Reimann <small>1942, Dr. iur., Notendirektor, 1995–2011 Ständerat, Gipf-Oberfrick (SVP)</small>	 Andreas Meier <small>1962, Ing. HTL Weinfeld/Oberolte, Präsident Berufsverbände, Klingnau (CVP)</small>	 Nicoles Roos <small>1993, Bauzeichner, Berikon (JSVP)</small>	Weltoffene und aktive Aussenwirtschaftspolitik unseres Landes	 Michelle Rütli-Kumli <small>1985, Einzelkauffrau, Mitglied der GL SVP Aargau, Reinach (SVP)</small>
 Dr. Bernhard Scholl <small>1951, Chemiker, Techn. Business Devel., Gossrat, Fraktionspräsi., Möhlin (FDP)</small>	 Patrick Burgherr <small>1967, Dipl. Ing. ETH, Vorstand AIHK Region Fricktal, Schürat, Rheinfelden (CVP)</small>	Bilaterales Verhältnis zur EU Kein EU-Beitritt (auch nicht durch die Hintertüre)	 Dominik Riner <small>1974, Niederlassungsleiter, Präsident SVP Bezirk Brugg, Schinznach (SVP)</small>	 Thierry Burkart <small>1973, Rechtsanwalt, Gossrat, Baden (FDP)</small>	 Sylvia Flückiger-Bäni <small>1952, Unternehmerin, Nationalrätin, Vizepräsidentin AGV, Schöftland (SVP)</small>	 Thomas Burgherr <small>1962, edg. dipl. Zimmermeister, Unternehmer, Gossrat, Präsi. SVP AG, Willberg (SVP)</small>	 Tonja Kaufmann <small>1987, Köchin, Präsidentin JSVP Aargau, Gemeinderätin, Hausen (SVP)</small>
 Andreas Glarner <small>1962, Unternehmer, Fraktionspräsident SVP Aargau, Gde'ammann, Oberwil-Lieli (SVP)</small>	 Marianne Binder-Keller <small>1958, Kommunikationsberaterin, Gossrätin, Baden (CVP)</small>	 Clemens Hochreuter <small>1980, Betriebsökonom, Gossrat, Vizepräsi. SVP Aargau, Aarau (SVP)</small>	 Ulrich Giezendanner <small>1953, Unternehmer, Nationalrat, Rothrist (SVP)</small>	 Philipp Müller <small>1952, Unternehmer, Nationalrat, Reinach (FDP)</small>		 Hansjörg Knecht <small>1960, Müllerereientnehmer, Nationalrat, Präsident HEV Aargau, Leibstadt (SVP)</small>	
 Adrian Meier <small>1990, Versicherungs- und Vorsorgeberater, Gossrat, Reinach (FDP)</small>	 Luzi Stamm <small>1952, Rechtsanwalt, Ökonom, Nationalrat, Nationalrätin, Kölliken (FDP)</small>	 Corina Eichenberger <small>1971, Essigmacher, Kantonalpartei-sekretär, Gossrat, Stauflen (SVP)</small>	 Pascal Furer <small>1971, Essigmacher, Kantonalpartei-sekretär, Gossrat, Stauflen (SVP)</small>	Ständerat: Philipp Müller und Hansjörg Knecht Zwei profilierte Ständeratskandidaten, welche immer überzeugend für eine unabhängige und starke Schweiz und konsequent gegen den EU-Beitritt unseres Landes eintreten. Für eine ungeteilte, selbstbewusste Standesstimme			



WIR HABEN KLARE VORSTELLUNGEN

www.perspective-ch.ch, PERSPECTIVE CH, Postfach 2111, 5001 Aarau, Tel. 056 464 28 49, Fax 056 464 28 35; Bankverbindung: Neue Aargauer Bank Aarau, Postkonto 50-1083-6

Wiedergewählt:

Dr. Maximilian Reimann, Sylvia Flückiger-Bäni, Ulrich Giezendanner, Luzi Stamm, Corina Eichenberger, Philipp Müller (NEU STÄNDERAT), Hansjörg Knecht. – Ausserkantonale: Walter Müller, Gerhard Pfister

Neu gewählt:

Thierry Burkart, Thomas Burgherr, Andreas Glarner

1. Ersatz in der Partei:

Martin Keller (SVP), Marianne Binder-Keller (CVP)

Nicht gewählt, 1. Listenplatz: Tonja Kaufmann (JSVP)

Damit ist PERSPECTIVE CH mit 12 Parlamentariern in Bern vertreten (Aargau 10 von 18). Mit Philipp Müller sind wir nach 4 Jahren Unterbruch auch wieder im Ständerat vertreten.

NICHT NUR DEN GEWÄHLTEN MITGLIEDERN VON PERSPECTIVE CH GRATULIEREN WIR ZU DEN DURCHWEGS RESPEKTABLEN WAHLERFOLGEN UND WÜNSCHEN WEITERHIN VIEL ERFOLG BEI DER POLITISCHEN ARBEIT IN BUND, KANTON UND GEMEINDE

3. Wahlveranstaltung vom 10. September 2015 in Lupfig

Nicht auf ein kontradiktorisches Podium zu setzen, sondern auf die persönliche Kontaktaufnahme zwischen der kandidierenden und der zu wählenden Person hat sich für PERSPECTIVE CH zum Erfolgsmodell gemausert. Bereits die sechsten eidgenössischen Wahlen wurden nach diesem Muster in Lupfig eingeläutet.

Vor den individuellen Gesprächen an den Tischen hatten die 23 Kandidierenden Gelegenheit, sich in Statements mit einer fixen Dauer von 90 Sekunden vorzustellen. (Vgl. auch Pressespiegel)



4. Mitgliederversammlung vom 10. September 2015

An der ordentlichen Mitgliederversammlung vom 10. September 2015 in Lupfig konnten alle traktandierten Geschäfte speditiv abgewickelt werden, und den Anträgen des Vorstandes wurde einstimmig zugestimmt:

- Das Protokoll der ordentlichen Mitgliederversammlung vom 23. Dezember 2014 wurde genehmigt.
- Der Tätigkeitsbericht 2014/2015 wurde genehmigt.
- Genehmigung der Jahresrechnung 2014 und des Berichtes der Revisionsstelle
- Entlastung des Präsidiums und der Vorstandsmitglieder
- Wahlen:
 - a) Wiederwahl der THV AG, Aarau, als Revisionsstelle
 - b) Das Co-Präsidium wurde für ein weiteres Jahr bestätigt gemäss Artikel 23 Absatz 3 der Statuten (vgl. Beilage, Einlageblatt)

– Vorstand:

Susanne Scheuzger tritt nach 14jähriger Vorstandstätigkeit auf eigenen Wunsch zurück. Ihr politisches Wirken auch als Grossrätin und ihr Engagement werden durch die Mitgliederversammlung gewürdigt.

Die 7 bisherigen Vorstandsmitglieder werden für eine weitere, 2jährige Tätigkeit wiedergewählt: Otto H. Suhner, dipl. Ing. ETH (Präsident); Thierry Burkart, ehemaliger Grossratspräsident (neu Nationalrat!) und Dr. Hans-Jörg Bertschi, Unternehmer (beides Vizepräsidenten); Reto Caprez, lic. oec.; Dr. Daniel Heller, ehemaliger Grossrat; Daniel Knecht, Unternehmer, ehem. Grossrat; Dr. Markus Letsch.

Neu in den Vorstand wählt die Versammlung Frau Michelle Rütli-Kumpli (Geschäftsleitungsmitglied SVP Aargau) und Frau Stefanie Heimgartner, Grossrätin, Unternehmerin.

Im Übrigen bekräftigt die Mitgliederversammlung den Vorjahresbeschluss, sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen ein Rahmenabkommen mit der EU einzusetzen, welches unser Land derart an die EU bindet, dass wir ohne Mitsprache des Volkes fremdes Recht und fremde Richter übernehmen müssen.

5. Zum Tod von Prof. Dr. Hans Letsch



Am 18. Oktober 2015 ist mit 92 Jahren unser Mitglied und ehemaliger Ständerat Hans Letsch verstorben. Er war ein überzeugter liberaler Marktwirtschaftler und Ordnungspolitiker und setzte sich 1992 gegen den EWR-Vertrag und den EU-Beitritt ein.

Christoph Blocher hält in seinem Nachruf (NZZ vom 3. November 2015, vgl. Pressespiegel) fest:

«In den letzten Jahren ist leider seine mahnende Stimme gegen den immer mächtigeren Staat verstummt. Was bleibt, ist das Wirken von Hans Letsch. Dazu gehört seine hochaktuelle Schrift STOPPT DEN STAAT – ER IST ZU TEUER».

Wir danken an dieser Stelle dem Verstorbenen für sein uneingeschränktes Engagement zugunsten unseres Landes und demokratischer Werte. Seinen Angehörigen, vorab seinem in unserem Vorstand tätigen Sohn Dr. Markus Letsch, gilt unser Beileid.

6. Publikationen

Die folgenden Publikationen können bei unserem Sekretariat bezogen werden (Selbstkosten). Des Weiteren machen wir auf unseren wirtschaftspolitischen **Informationsdienst** aufmerksam. Unseren Mitgliedern stellen wir auf Anfrage entsprechende Unterlagen und Dokumentationen zur Verfügung.



Fundstücke und Debattenbeiträge zum Thema der «letzten Tage Europas»

CHF 30.–



Zur Erinnerung an Prof. Dr. Hans Letsch

kostenlos



Für alle, die sich an den Mängeln der «WEA-Schrumpfarmee» orientieren wollen

kostenlos

7. Mitgliederwerbung

Sind das auch Ihre Anliegen?

- Souveränität, Freiheit und Unabhängigkeit der Schweiz und ihrer Bevölkerung
- Eine weltoffene und aktive Aussenwirtschaftspolitik unseres Landes
- Die wirkungsvolle und fortschreitende Verbesserung der staatlichen Rahmenbedingungen für den Werk- und Finanzplatz Schweiz
- Alternativen zur abzulehnenden Vollmitgliedschaft der Schweiz in einer EU gemäss den Maastrichter Verträgen



Forum für Weltoffenheit und Souveränität

Dann sind wir auf Ihre Unterstützung angewiesen!

Beitrittserklärung zu PERSPECTIVE CH gemäss den beiliegenden Grundsatzserklärungen

Name, Vorname: _____

Genaue Anschrift: _____

PLZ/Ort: _____

- Jahresbeiträge:
- Fr. 50.– für Privatpersonen
 - Fr. 100.– für juristische Personen, Firmen, Betriebe und Verbände
 - ab Fr. 200.– für Gönner

Freiwillige Spenden willkommen!

Allenfalls fakultative Zusatzinformation: Alter: _____ Beruf, Stellung: _____

Politische Mandate: _____
(eidg./kantonal/kommunal)

Postanschrift: PERSPECTIVE CH
Postfach 2111
5001 Aarau

Telefon: 056 464 28 49
Fax: 056 464 28 35
Email: info@perspective-ch.ch

**Bank-
verbindung:** Neue Aargauer Bank
5001 Aarau
PK 50-1083-6
KK 529798-81

www.perspective-ch.ch